

## SHORT NEWS

**Made in Luxembourg: Kriegsverbrechen**

(lm) -Die Militärausgaben erhöhen und dabei den Standort Luxemburg fördern, dafür will Armeeminister Etienne Schneider, gemeinsam mit der Firma SES, einen Militärsatelliten betreiben. Die Kapazitäten dieses „Govsat“ sollen dann der Nato zur Verfügung gestellt werden. Auch andere internationale Akteure können sie anmieten, nicht aber „Schurkenstaaten“, berichtet wort.lu. Bedenklich ist aber nicht nur eine eventuelle Nutzung durch „Schurkenstaaten“, sondern auch durch die USA: Sie nutzen Satelliten zur Steuerung von Drohnen in weit entfernten Ländern. Ein Teil der außergerichtlichen Hinrichtungen und die dabei unverhältnismäßige Gefahr für die Zivilbevölkerung ist nach Ansicht von Experten nicht mit dem Humanitären Völkerrecht vereinbar. Gegen Deutschland liegt bereits eine Klage vor, weil von Ramstein aus ein Drohneneinsatz gegen „Terroristen“ im Jemen koordiniert wurde, bei dem auch Zivilisten ums Leben kamen. Auch die luxemburgische Regierung scheint damit zu rechnen, dass mit Hilfe ihres Satelliten Kriegsverbrechen begangen werden, denn laut wort.lu wurden „zwei juristische Gutachten eingeholt, um sicherzustellen, dass der Staat nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, falls es trotzdem dazu kommen sollte, dass der Satellit bewaffnete Drohnen steuert“.

**Visupol: Blau-Rot-Grün mit kurzem Gedächtnis**

(da) - Der Minister für öffentliche Sicherheit Etienne Schneider (LSAP) hat zum ersten Oktober die Videoüberwachung der Hauptstadt um ein Jahr verlängert. Das geht aus seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage Justin Turpels (Déi Lénk) hervor. In der hatte Turpel den Minister darauf hingewiesen, dass noch Ende September 2013 sowohl der DP-Bürgermeister der Stadt als auch die grüne erste Schöffin eine Verlängerung des Visupol-Überwachungsprogramms abgelehnt hatten. Der linke Abgeordnete verweist auch auf den städtischen Koalitionsvertrag zwischen DP und déi Gréng von 2011, in dem Kameraüberwachung als „ineffektives“ Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung abgetan wurde. Auch die LSAP habe sich im Gemeinderat gegen eine Verlängerung von Visupol ausgesprochen. Nicht nur das: Die Jugendorganisationen der drei Koalitionsparteien sind allesamt Mitglieder im „Freedom not Fear“-Bündnis, das alljährlich gegen Überwachungskameras und andere Eingriffe in die Privatsphäre auf die Straße geht. Doch Schneider weiß die Gemüter zu beruhigen: Videoüberwachung steigere das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen, zitiert er aus einer Statec-Studie, immerhin sähen das 70 Prozent der Befragten so.

**Kartheiser dévoile les femmes**

(lc) - La semaine dernière, juste avant le discours sur le « Zukunftspak » du premier ministre, la proposition de loi déposée par le député ADR Fernand Kartheiser sur l'interdiction du voile dans l'espace public a été déclarée recevable par la Chambre des députés, où elle figure désormais sous le numéro 6705. Dans son texte, le parlementaire ultraconservateur dit s'être largement inspiré de la loi française datant encore de l'ère Sarkozy. Pourtant, le fait qu'il propose de légiférer sur les dissimulations du visage « sauf si la tenue est prescrite ou autorisée par des dispositions législatives ou réglementaires, si elle est justifiée par des raisons de santé ou des motifs professionnels, ou si elle s'inscrit dans le cadre de pratiques sportives, de fêtes ou de manifestations artistiques ou traditionnelles » est problématique. Car le port de la burqa ou du niqab sont plutôt d'ordre traditionnel que forcément religieux. Il se pourrait donc bien que la proposition de loi Kartheiser, purement symbolique car elle ne vise qu'une infime minorité de femmes dans le grand-duché, ne légalise en fin de compte ce que le député comptait interdire.

## AKTUELL

PFLEGE

**Bewusstseinswandel?**

Anina Valle Thiele

**Eine Ethik-Charta will Standards im Pflegebereich setzen und soll als Leitfaden zur Verhinderung von Missbrauchsfällen dienen.**

Der Pflege-Bereich steht seit Jahren in Verruf. Patienten werden bisweilen starke Medikamente verabreicht, um sie ruhigzustellen, ihre Wünsche finden oft kein Gehör. Und gerade Menschen mit Alzheimer oder einer neurodegenerativen Erkrankung werden in Pflegeeinrichtungen (zu) schnell sediert - in seltenen Fällen sogar fixiert, um sie zu beruhigen. Das Pflegepersonal ist oft restlos überlastet. Missstände bei der stationären oder ambulanten Pflege sind die logische Folge, die in der Regel auf Kosten des Patienten gehen. Dabei sollte die Achtung des Patientenwillens und der Würde des Patienten im Vordergrund stehen. „Es geht um Selbstbestimmung“, betonte auch Copas-Präsident Marc Fischbach anlässlich der Präsentation der Ethik-Charta. Bislang habe es für das Pflegepersonal in der alltäglichen Praxis keine klaren Richtlinien gegeben. Nun hat der Luxemburgische Dachverband für Pflegeeinrichtungen (Copas) solche Leitlinien vorgelegt. Es handle sich dabei aber weder um ein fertiges Rezept noch um einen Katalog mit starren Verhaltensregeln, so Fischbach, sondern vielmehr um normative Richtlinien. Die Charta sei eine Antwort auf Fragen, die sich aus dem Dilemma zwischen dem Patientenwillen und seiner Sicherheit ergebe. Ethik müsse (wieder) im Vordergrund stehen.

**Ethik im Vordergrund**

Die Charta sieht Richtlinien in vier Bereichen vor. Die Würde und der Wille des Patienten müssten über allem stehen, im Idealfall sollte jede Person über die eigene Pflege bestimmen können; ferner müssten Angehörige grundsätzlich in ethische Fragestellungen miteinbezogen werden. Physische Einschränkungen seien nur in Extremfällen zulässig. Das heißt im Klartext, dass Ärzte Medikamente mit Bedacht dosieren müssen und Patienten nicht einfach sedieren dürfen. Zwangsmaßnahmen wie Fixierungen dürften gemäß dem Prinzip der „minimalsten Restriktion“ nur im äußersten Fall vorgenommen werden. Ungerechtfertigte Übergriffe auf Patienten müssten aufgeklärt werden.

Schließlich sieht die Charta auch vor, dass pflegebedürftigen Patienten oder solchen mit einer physischen oder geistigen Einschränkung die Möglichkeit eingeräumt werden müsse, ihre Sexualität im stationären oder ambulanten Rahmen auszuleben. Gegebenenfalls sei ihnen eine dritte Person als Sexualassistentin zur Seite zu stellen. Sexuelle Missbrauchsfälle durch das Personal berücksichtigt die Charta der Copas hingegen nicht. Dabei sorgte in Deutschland 2011 eine Studie der Universität Bielefeld für Aufsehen. Von knapp 1.600 befragten Frauen hatte jede dritte angegeben, dass sie in ihrer Kindheit und Jugend sexuellen Übergriffen ausgesetzt war - im Erwachsenenalter jede Fünfte. Insbesondere Frauen in Pflege-Einrichtungen waren davon betroffen. Mehr als ein Drittel der Frauen hatte angegeben, dass sie beleidigt, gedemütigt, erpresst oder Psychoterror ausgesetzt worden sei.

Für Luxemburg gibt es keine repräsentativen Werte, doch ist davon auszugehen, dass es auch hier in Pflegeheimen zu sexuellen und physischen Übergriffen durch das Personal kommt. Hierbei kann der Copas-Katalog mit seinen ethischen Empfehlungen wohl nur wenig ausrichten. Dennoch wünscht sich Fischbach, „dass Verantwortliche das Pflegepersonal künftig anhand dieser Leitlinien messen und es notfalls auch zur Rechenschaft ziehen werden“. Ab nächstem Jahr wird der von der Copas geplante Ethik-Vorstand seine Arbeit aufnehmen; das pluridisziplinäre Gremium setzt sich zusammen aus einem Vertreter der Pflege-Branche, einem Arzt, einem Juristen und einem Philosophen. Bevor der Copas-Präsident feierlich seine Unterschrift unter das Dokument setzte, äußerte er den Wunsch, die Charta möge zu einer ethisch geprägten Kultur beitragen. Diese sei die „conditio sine qua non“, ein Komplex von Bedingungen, an denen fortan keiner mehr vorbeikomme. Der Leitfaden stellt fraglos einen überfälligen Fortschritt in Sachen Selbstbestimmung und Achtung der Patientenbedürfnisse dar. Ob aber die rechtlich nicht verbindliche Charta wirklich ausreicht, die Standards in der Pflege und die prekären Verhältnisse im Pflegebereich nachhaltig zu verbessern?